

Steigende Schulden und Sozialkosten: Hessische Kommunen fordern Unterstützung

Die kommunale Finanzkrise spitzt sich zu. Die Mitglieder des Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“ waren deshalb erneut in Wiesbaden, um im Wirtschaftsministerium und im Landtag ihre Lösungsvorschläge zu diskutieren.

Städte und Gemeinden haben im ersten Halbjahr 2024 bundesweit rund 3,3 Milliarden Euro neue Kassenkredite aufgenommen. Die Sozialausgaben der Kommunen sind im selben Zeitraum um durchschnittlich zwölf Prozent gestiegen. Diese alarmierenden Zahlen zeigen, wie sich die Finanzkrise vor Ort verschärft. Deshalb standen sie im Mittelpunkt der Gespräche, die die hessischen Mitglieder des Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“ in Wiesbaden geführt haben. Die Vertreter der Kommunen erörterten die Lage mit dem Staatssekretär des Wirtschaftsministeriums, Umut Sönmez, sowie den Haushaltsexperten der SPD-Landtagsfraktion. Wenige Wochen zuvor hatten sie bei Innenminister Prof. Dr. Roman Poseck und Finanzminister Prof. Dr. Alexander Lorz für Unterstützung geworben. Mit dabei war auch der Offenbacher Stadtkämmerer Martin Wilhelm. „Mir ist es ein dringliches Anliegen, dass die Städte und Gemeinden für die Aufgaben, die sie von Bund und Land erhalten auch entsprechende finanziell ausgestattet werden. Ich werde immer wieder dafür kämpfen, dass die Bedürfnisse und Leistungen der Stadt Offenbach berücksichtigt werden.“

Die Betroffenen haben in Wiesbaden drei Lösungen präsentiert:

1. Faire Finanzausstattung der Kommunen

Zwei Beispiele für die stark steigenden Sozialausgaben der Städte und Gemeinden sind die „Hilfen zur Erziehung“ und die Eingliederungshilfe. Deren Kosten explodieren regelrecht. Bund und Land müssen sich bei diesen und ähnlichen Punkten ihrer Verantwortung stellen. Dabei muss der Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“ gelten. Das bedeutet höhere Anteile an den Sozialkosten und zugleich eine finanzielle Ausstattung der Kommunen, die diesen ermöglicht, ohne Kreditausnahmen ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen und zudem im Sinne ihrer Bürgerinnen und Bürger zu investieren. Positive Schritte in dieser Hinsicht wären eine Reform der Förderpolitik zugunsten pauschaler Mittel für die Städte und Gemeinden sowie ein Infrastruktur- und Instandhaltungsfonds für die Kommunen.

2. KFA-Reform, die Anliegen der finanzschwachen Kommunen berücksichtigt

Ab 2026 werden in Hessen neue Regeln für den Kommunalen Finanzausgleich gelten. Mit Blick auf die aktuellen Beratungen erscheint es für das Aktionsbündnis elementar, dass die finanzschwachen Kommunen dabei nicht die Verlierer sind. Sie erwarten einen Anstieg der KFA-Mittel gemäß des Ausgabenzuwachses und der Kostensteigerungen. Zudem muss aus

ihrer Sicht, die Bedarfsprüfung erhalten bleiben und vereinfacht werden. Wachsende Städte und viele junge Einwohner sollen in der Berechnung besonders berücksichtigt werden.

3. Altschuldenlösung des Bundes

Die Hessenkasse war ein wichtiger Schritt für die Städte und Gemeinden, um Handlungsspielräume zurückzugewinnen. Sie war aber von Anfang an als Teil einer gemeinsamen Lösung mit dem Bund gedacht. Die Regelung in Berlin steht immer noch aus. Bundeskanzler Olaf Scholz hat angekündigt, dass Finanzminister Jörg Kukies in der verbleibenden Zeit bis zur Bundestagswahl eine Gesetzesvorlage einbringen wird. Das Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ wirbt dafür, dass die demokratischen Fraktionen im Bundestag ungeachtet des Wahlkampfs diesen Schritt gemeinsam vollziehen und so die kommunale Finanzkrise mildern. Deshalb baten sie ihre Gesprächspartner in Wiesbaden, über Parteigrenzen hinweg für die Altschuldenlösung des Bundes in Berlin zu werben.

Das Aktionsbündnis wird seine Gespräche in Wiesbaden im Januar fortsetzen.

Hintergrund-Informationen

Im Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ haben sich 71 Kommunen aus acht Bundesländern zusammengeschlossen, in denen rund neun Millionen Menschen leben. **Mitglieder** des Aktionsbündnisses sind Bacharach, Bad Schmiedeberg, Bischofsheim, Bochum, Bottrop, Castrop-Rauxel, Cottbus, Cuxhaven, Landkreis Cuxhaven, Dietzenbach, Dinslaken, Dorsten, Dortmund, Duisburg, Ennepe-Ruhr-Kreis, Essen, Frankenthal, Geestland, Gelsenkirchen, Ginsheim-Gustavsburg, Gladbeck, Hagen, Hamm, Hattingen, Herne, Herten, Kaiserslautern, Koblenz, Krefeld, Kreis Groß-Gerau, Lahnstein, Leverkusen, Löhne, Ludwigshafen, Lünen, Mainz, Mayen, Mettmann, Moers, Mönchengladbach, Mörfelden-Walldorf, Mülheim an der Ruhr, Neustadt an der Weinstraße, Neuwied, Oberhausen, Obertshausen, Oer-Erkenschwick, Offenbach, Pirmasens, Recklinghausen, Kreis Recklinghausen, Remscheid, Saarbrücken, Salzgitter, Schwerin, Schwerte, Solingen, Trier, Kreis Unna, Voerde, Völklingen, Waldbröl, Waltrop, Werne, Wesel, Kreis Wesel, Witten, Worms, Wülfrath, Wuppertal und Zweibrücken.